

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend einige Informationen zu den Kriegen
in der Ukraine und in Westasien.

1. n tv: Ukraine Ticker

2. DLF: Krieg in der Ukraine - Was auf der Schweizer Konferenz für den Frieden erreicht wurde

3. Wolfram Wette: Der vermeidbare Ukraine-Krieg und die politischen Interessen

4. n tv: Lithium, um Europa zu würgen - In der Ukraine kämpft Russland um Rohstoffe

5. BZ: Blackrock will sein Geld zurück: Ukrainische Oligarchen profitieren von westlicher Hilfe

6. IPG: Wiederaufbau „Made in Ukraine“

7. FAZ: Krieg im Gazastreifen: Guterres warnt vor einer Katastrophe in Nahost

8. Die Zeit: Rafah: Benjamin Netanjahu kündigt baldiges Ende intensiver Kampfphase an

9. LMD: Charlotte Wiedemann: Auf der Suche nach Palästina

Gespräche über Zukunftsvisionen und den brutalen Alltag unter der Besatzung

10. IPG: Mehr, Mehr, Mehr -

Trotz militärischer Überlegenheit gegenüber Russland herrscht eine Begeisterung

für Aufrüstung und Militarisierung. Warum?

11. Friedenskooperative: Veranstaltungsreihe: Combatants for Peace - Dialog statt Waffen

1. n tv: Ukraine Ticker

<https://www.n-tv.de/politik/11-21-Ukrainischer-Geheimdienst-feiert-Überwachungserfolg--article23143824.html>

26.06.2024

(...)

06:30 Selenskyj feiert Rückkehr von ukrainischen Kriegsgefangenen

Die Ukraine und Russland haben bei einem weiteren Austausch von Kriegsgefangenen jeweils 90 Soldaten wieder in ihre Heimat entlassen. "Unsere Leute sind zu Hause", teilt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf X mit. Es handelt sich demnach um Soldaten verschiedener Einheiten der Streitkräfte.

Sie hätten in Mariupol sowie in den Gebieten Cherson, Donezk, Saporischschja und Luhansk gegen die russische Invasion gekämpft. "Wir denken an all unsere Menschen in russischer Gefangenschaft", sagt Selenskyj. Beide Seiten veröffentlichten Videos von den freigelassenen Soldaten.

(...)

02:06 Ein Gespräch - zwei Versionen: US-Verteidigungsminister telefoniert mit Moskauer Amtskollegen

Das Pentagon und das russische Verteidigungsministerium teilen mit, dass US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und der russische Verteidigungsminister Andrej Belousow sich erstmals seit mehr als einem Jahr wieder telefonisch ausgetauscht haben.

Allerdings geben beide Seiten sehr unterschiedliche Berichte über das Gespräch ab. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums warnte Belousow Austin vor den Gefahren fortgesetzter US-Waffenlieferungen an die Ukraine in deren 28 Monate alten Konflikt mit Russland. Das Pentagon erklärt dagegen, sie erörterten die Bedeutung offener Kommunikationswege.

— —

2. DLF: Krieg in der Ukraine - Was auf der Schweizer Konferenz für den Frieden erreicht wurde

<https://www.deutschlandfunk.de/friedenskonferenz-schweiz-ukraine-krieg-100.html>

Krieg in der Ukraine

Was auf der Schweizer Konferenz für den Frieden erreicht wurde

(...)

17.06.2024

(...)

Was sind die Ergebnisse der Konferenz?

Wie im Vorfeld angekündigt, wurde nicht über ein Ende des Krieges verhandelt. In der Abschlusserklärung wird Russland zudem nicht ausdrücklich für seinen Angriff verurteilt. Dennoch verweigerten einige Staaten ihre Unterschrift. Unter den Ländern, die nicht unterzeichneten, sind einige der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt: Brasilien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Indien und Indonesien.

Diese Länder pflegen weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu Russland. Außerdem scherten Armenien, Bahrain, Thailand, Libyen und die Vereinigten Arabischen Emirate, Kolumbien und Vatikan aus.

Laut Abschlusserklärung muss jede Nutzung von Kernenergie und Atomanlagen sicher, geschützt, überwacht und umweltfreundlich sein. Ukrainische Atomanlagen müssten unter voller Kontrolle der Ukraine und im Einklang mit den Grundsätzen der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA und unter ihrer Aufsicht sicher und geschützt betrieben werden.

Ferner dürfe Ernährungssicherheit in keiner Weise als Waffe eingesetzt werden. Deshalb müsse es eine freie, sichere Handelsschifffahrt geben sowie einen Zugang zu Seehäfen im Schwarzen und Asowschen Meer. Zudem müssten alle Kriegsgefangenen durch Austausch freigelassen werden.

Alle verschleppten und unrechtmäßig vertriebenen ukrainischen Kinder und alle anderen ukrainischen Zivilisten, die unrechtmäßig

festgehalten würden, müssten in die Ukraine zurückgebracht werden.
Nach dem Gipfel weiterarbeiten

Der Text bekräftigt auch „die Prinzipien der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Staaten, einschließlich der Ukraine“. Man habe sich darauf geeinigt, „in Sondergruppen nach dem Gipfel an konkreten Ideen, Vorschlägen und Entwicklungen zu arbeiten, die die Sicherheit in verschiedenen Aspekten wiederherstellen können“, sagte Selenskyj am Sonntag (16.06.2024) nach Abschluss des Gipfels. Sobald „Aktionspläne für den Frieden“ fertig seien, sei der Weg zu einem zweiten Gipfel offen.

Zu einer Nachfolgekonzferenz findet sich in der Erklärung jedoch keine klare Aussage. Die Unterzeichner sprechen sich aber dafür aus, Russland an künftigen Beratungen zu beteiligen. „Wir glauben, dass die Einbeziehung und der Dialog zwischen allen Parteien notwendig ist, um Frieden zu schaffen“, heißt es in dem Dokument.

Als Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen forderte Selenskyj Russland auf, sich von den rechtmäßigen Territorien der Ukraine zurückzuziehen. Dann könnten die Verhandlungen mit Russland morgen beginnen. War die Konferenz ein Erfolg?

Als großen Erfolg, wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gesagt hat, bezeichnet das Treffen in der Ukraine kaum jemand. Mehr als ein Minimum sei nicht drin gewesen, sagen unabhängige Beobachter.

Insgesamt kann die Konferenz auf dem Bürgenstock als ein erster Schritt Richtung Frieden bewertet werden – wenn auch nur als einen sehr kleinen. Als positiv wird die große Anzahl der teilnehmenden Staaten sowie das Zustandekommen einer Abschlusserklärung angesehen.

Ferner dürfe Ernährungssicherheit in keiner Weise als Waffe eingesetzt werden. Deshalb müsse es eine freie, sichere Handelsschifffahrt geben sowie einen Zugang zu Seehäfen im Schwarzen und Asowschen Meer. Zudem müssten alle Kriegsgefangenen durch Austausch freigelassen werden.

Alle verschleppten und unrechtmäßig vertriebenen ukrainischen Kinder und alle anderen ukrainischen Zivilisten, die unrechtmäßig festgehalten würden, müssten in die Ukraine zurückgebracht werden.
Nach dem Gipfel weiterarbeiten

Der Text bekräftigt auch „die Prinzipien der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Staaten, einschließlich der Ukraine“.

Man habe sich darauf geeinigt, „in Sondergruppen nach dem Gipfel an konkreten Ideen, Vorschlägen und Entwicklungen zu arbeiten, die die Sicherheit in verschiedenen Aspekten wiederherstellen können“, sagte Selenskyj am Sonntag (16.06.2024) nach Abschluss des Gipfels. Sobald „Aktionspläne für den Frieden“ fertig seien, sei der Weg zu einem zweiten Gipfel offen.

Zu einer Nachfolgekonzferenz findet sich in der Erklärung jedoch keine klare Aussage. Die Unterzeichner sprechen sich aber dafür aus, Russland an künftigen Beratungen zu beteiligen. „Wir glauben, dass die Einbeziehung und der Dialog zwischen allen Parteien notwendig ist, um Frieden zu schaffen“, heißt es in dem Dokument.

Als Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen forderte Selenskyj Russland auf, sich von den rechtmäßigen Territorien der Ukraine zurückzuziehen. Dann könnten die Verhandlungen mit Russland morgen beginnen. War die Konferenz ein Erfolg?

Als großen Erfolg, wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gesagt hat, bezeichnet das Treffen in der Ukraine kaum jemand. Mehr als ein Minimum sei nicht drin gewesen, sagen unabhängige Beobachter.

Insgesamt kann die Konferenz auf dem Bürgenstock als ein erster Schritt Richtung Frieden bewertet werden – wenn auch nur als einen sehr kleinen. Als positiv wird die große Anzahl der teilnehmenden Staaten sowie das Zustandekommen einer Abschlusserklärung angesehen.

Die Konferenz machte deutlich: Die überwiegende Mehrheit der Staaten verurteilt den russischen Angriffskrieg und will Frieden auf Basis der UN-Charta. Im Unterschied zu UN-Abstimmungen, die bereits zu diesem Ergebnis kamen, bei denen aber lediglich Botschafter agieren, unterstrichen in der Schweiz Staatspräsidenten mit ihrer Anwesenheit ihre Haltung.

Damit hat die Ukraine gewisse Pflöcke für künftige Verhandlungen eingeschlagen, hinter die man nicht mehr so leicht zurück gehen kann.

Doch die Hauptfrage – ob und wann wirkliche Friedensverhandlungen möglich sind – ist nach wie vor offen. Denn es bleibt unklar, ob sich Russland darauf einlassen würde. Die Konferenztage machten deutlich, dass eine echte Friedenskonferenz noch in weiter Ferne liegt.

siehe auch:

<https://www.deutschlandfunk.de/friedenschance-fuer-ukraine-interview-johannes-varwick-politikwissenschaftler-dlf-7450a4fd-100.html>

Friedensgipfel

Politologe Varwick:

„Man kann russische Interessen nicht ignorieren“

Im Ukrainekrieg gebe es faktisch keine Optionen mehr, sagt der Politologe Johannes Varwick.

Man müsse lernen, Russlands strategische Ziele zu lesen und Verhandlungsstrategien entwickeln.

Es werde um schmutzige Kompromisse wie Land gegen Frieden gehen.

Zurheide, Jürgen | 15. Juni 2024, 06:50 Uhr

— —

3. Wolfram Wette: Der vermeidbare Ukraine-Krieg und die politischen Interessen

<https://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Stellungnahmen/vorg23906Wette-Beitrag.pdf>

Wolfram Wette

Der vermeidbare Ukraine-Krieg und die politischen Interessen

Blick in die Zukunft.

Die erneuerte Vision Gemeinsamer Sicherheit Ein halbes Jahrhundert lang, auch in der Zeit des Kalten Krieges, gab es in Europa ein wachsendes Minimum an politischem Vertrauen. Dadurch wurde ein regelbasiertes, am Völkerrecht, an Verträgen und an einem regen Austausch orientiertes Zusammen- leben ermöglicht.

Dieser Vertrauensbasis ist nun durch den russischen Krieg die Grundlage entzogen worden. Vorläufig ist nicht abzusehen, ob und wie neues Vertrauen wieder entstehen und wachsen kann. Ohne ein Minimum an Vertrauen aber hat der Frieden keine Chance.

Wenn wir nach Friedensmöglichkeiten Ausschau halten, sind wir gut beraten, uns an die Vorgeschichte dieses Krieges zu erinnern, in der die USA eine wichtige Rolle spielten, was der breiten Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieb.

Mit ihren umfangreichen Waffenlieferungen und anderen Unterstützungsleistungen sind die USA auch der entscheidende Akteur für den Verlauf und die Beendigung des Krieges.

Wie auch immer dieser Krieg ausgehen mag, so stehen doch einige Fakten fest: Die USA sind weit weg. Ihr aktuelles globales Interesse ist derzeit stärker auf China und Asien gerichtet als auf Europa.

Für Deutschland bleibt Russland der große, indirekte Nachbar auf dem europäischen Kontinent. Das bedeutet, dass wir uns bemühen sollten, diesen Krieg auch von seinem möglichen Ende her zu denken – und darüber hinaus.

Vermutlich werden wir Europäer nach der Beendigung des Ukraine-Krieges vor der folgenden Alternative stehen: Entweder ein neuer Kalter Krieg mit Waffengeklirr, Aufrüstung, Feindbildern, dem Kappen aller Beziehungen, die seit dem Zweiten Weltkrieg mühevoll geknüpft worden sind, ständige Kriegsgefahr.

Oder die Suche nach einer neuen Koexistenz bei Anerkennung der Unterschiede. Das bedeutet: Wiederan- knüpfung an die Vision vom „Gemeinsamen Haus Europa“, verbunden mit der grundlegenden Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“.

Für sie mit Geduld und Zähigkeit zu werben und kämpfen, halte ich für die vordringliche friedenspolitische Aufgabe. In der aktuellen Lage

bedeutet das: Volles Engagement der deutschen Politik für eine schnelle diplomatische Beendigung des Ukraine-Krieges.

WOLFRAM WETTE Prof. i.R., Dr. phil., geb. 1940, Historiker, 1971-1995
Militärgeschichtliches Forschungsamt, dann Albert-Ludwigs-Universität Freiburg;

Mitbegründer der Historischen Friedensforschung; Mitherausgeber der Reihen
„Geschichte und Frieden“ und „Frieden und Krieg“;
Ehrenprofessor der russischen Universität Lipezk.

Jüngste Veröffentlichung zum Friedensthema: Ernstfall Frieden.
Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2017

4. n tv: Lithium, um Europa zu würgen In der Ukraine kämpft Russland um Rohstoffe

<https://www.n-tv.de/politik/Der-Krieg-gegen-die-Ukraine-ist-fuer-Russland-ein-Kampf-um-Rohstoffe-article25032685.html>

Lithium, um Europa zu würgen

In der Ukraine kämpft Russland um Rohstoffe

von Christoph Brumme, Poltawa

23.06.2024, 08:22 Uhr

Im Westen wird der Krieg häufig als Verlustgeschäft für Russland gesehen. Das ist nicht die russische Perspektive. In diesem Krieg geht es um Rohstoffe. Und um die Zukunft: Russland kann der Ukraine mehr rauben, als es im Frieden verlieren würde.

Es bleibt ein Rätsel, weshalb im Westen Russlands ökonomische und materielle Interessen nicht als entscheidender Kriegsgrund erkannt werden. Bevor man über angebliche oder tatsächliche russische Sicherheitsinteressen diskutiert, sollte man sich erst einmal Russlands ökonomische Gewinn- und Verlustrechnung ansehen, um zu verstehen, was da gesichert werden soll.

Russlands wirtschaftliche Verluste durch den Krieg und die Sanktionen des Westens sind einigermaßen bekannt. Sie werden nach Einschätzung von US-Vizepräsidentin Kamala Harris bis 2025 voraussichtlich rund 1,3 Billionen Dollar betragen. Die direkten finanziellen Aufwendungen für die Durchführung der "Spezialoperation" werden derzeit auf etwa 250 Milliarden Dollar geschätzt. Obwohl diese Verluste nicht eingeplant waren, stehen auf Russlands Haben-Seite derzeit aber weit höhere, wenn auch nur vorläufige Zugewinne.

Blutige Schlachten um "weißes Gold"

In Frontberichten insbesondere aus dem Donbass sieht man verwüstete Wälder und zerstörte Dörfer, aber nicht die Schätze im Boden. Dabei sind diese oft der Grund für die Schlachten. So versuchen die Russen seit mehr als zwei Jahren, die ukrainische Kleinstadt Kurachowe zu erobern, wo Lithium im Wert von Hunderten Milliarden Dollar in der Lagerstätte Schewtschenko liegt.

Siegesgewiss haben die Besatzer in Donezk bereits am 10. Januar 2024 "Genehmigungsdokumente" für die Lithium-Förderung in der Region nach Moskau geschickt, an das Ministerium für natürliche Ressourcen und Ökologien der Russischen Föderation.

Die ukrainische Regierung hatte wenige Wochen vor Beginn der russischen Invasion im Dezember 2021 dem australischen Unternehmen European Lithium die Förderrechte für dieses Vorkommen erteilt. Die Bewerbung des chinesischen Unternehmens Chengxin Lithium war damals abgewiesen worden.

Das australische Erschließungsunternehmen will laut eigenem Anspruch "der erste Lieferant für batteriefähiges Lithium in einer vollständig integrierten europäischen Batterieversorgungskette sein". Im Sommer 2023 erklärte der Vorstandsvorsitzende von European Lithium, Tony Sage, dass das Unternehmen keinen Anspruch mehr auf das Schewtschenkowskoje-Feld erhebe - es liege zu nahe an der Front.

Ohne Lithium haben wir ein Problem

Lithium wird als Material, "aus dem die Zukunft gemacht ist", als "weißes Gold" und "Öl des 21. Jahrhunderts" bezeichnet. Es ist ein Metall der Superlative, das leichteste des Periodensystems, mit dem höchsten elektrochemischen Potenzial und der höchsten spezifischen Wärmekapazität von Feststoffen. Mit der Lithium-Ionen-Technologie sollen die Energiewende und die Elektromobilität bewerkstelligt werden.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warnte in einer Rede Ende März 2024 vor der großen Lithium-Abhängigkeit der Europäer von der Volksrepublik China, 97 Prozent importiere man von dort.

"Batterien, die unsere Elektroautos antreiben, werden den Bedarf an Lithium bis 2050 um das 17-Fache steigen lassen", sagte von der Leyen. Sollte der Export von Lithium durch China limitiert werden, "dann haben wir wirklich ein Problem", warnte Wirtschaftsminister Robert Habeck im Juli 2023.

Mithilfe des ukrainischen Lithiums könnte die Europäische Union ihre Abhängigkeit von chinesischen Zulieferern stark verringern, denn laut dem Nationalen Verband der Rohstoffförderer in der Ukraine (NEIAU) entfällt ein Drittel der erkundeten Lithium-Vorkommen in Europa auf die Ukraine.

An einer vollständigen wirtschaftlichen Integration der Ukraine in den Westen und einer Gewährleistung der territorialen Integrität der Ukraine kann China deshalb kein ökonomisches Interesse haben. Das sollten "Verhandlungsbefürworter" im Westen bedenken, die in China einen potenziellen Vermittler zwischen den Kriegsparteien sehen.

Russlands Kriegsbeute

Eine Studie des kanadischen Thinktanks SecDev kommt zu dem Ergebnis, dass Russland in den besetzten Gebieten der Ukraine Energievorkommen, Metalle und Mineralien im Wert von mindestens 12,4 Billionen Dollar kontrolliert, darunter 41 Kohlefelder (63 Prozent der ukrainischen Kohlevorkommen), 27 Erdgasfelder, neun Ölfelder, sechs Eisenerzlagerstätten, zwei Titanerzlagerstätten, eine Strontium- und eine Uranlagerstätte, eine Goldlagerstätte und einen großen Kalksteinbruch. Der Gesamtwert der nationalen Rohstoffbestände der Ukraine wird auf über 26 Billionen Dollar geschätzt.

Auf diese Einschätzung der Kanadier bezog sich auch der russische Generalmajor Wladimir Owtschinski, ein ehemaliger Chef der russischen Interpol, im August 2022 in seinem Artikel "Lithium und der Tod". In typisch russischer Schuldumkehr behauptete General Owtschinski, jetzt sei "die Zeit für amerikanische Kriege um das 'weiße Gold' gekommen". Nur Russlands Eingreifen habe "die direkte Beschlagnahme von Lithium-Vorkommen verhindert".

Der im Exil lebende russische Schriftsteller Eduard Topol kommentierte dies mit den Worten, damit sei klar, warum Putin in die Ukraine einmarschiert sei: Bei der "militärischen Sonderoperation" handele es sich in Wahrheit um eine "Spezialoperation zur Beschlagnahme von ukrainischem Lithium". Putin habe damit Europa treffen wollen: Wenn Europa seinen Konsum von Öl reduziere, müsse es mit Lithium in den Würgegriff genommen werden, beschrieb Topol Putins Position.

Russland kann im Krieg mehr rauben, als es im Frieden verlieren würde

Wenige Monate vor dem Beginn der russischen Invasion hatten die EU und die Ukraine einen "Green Deal" unterzeichnet, ein nahezu revolutionäres Transformationsprogramm für die Ukraine. Die ukrainische Volkswirtschaft war die energieintensivste der Welt mit der ineffektivsten und teuersten thermischen Stromerzeugung.

Nun sollte das Land bis zum Jahr 2060 Klimaneutralität erreichen. Die EU wollte eine Rohstoff- und Energieallianz mit Kiew begründen, denn die enormen Potenziale der Ukraine und die geografische Nähe machen sie zu einem natürlichen Partner der anderen Europäer.

"Die Ukraine verfügt nicht nur über riesige Flächen für den Ausbau der Windenergie und großes Potenzial für Photovoltaikanlagen, sie hat zudem auch einen besonderen Vorteil vorzuweisen: Die Infrastruktur, um grünen Wasserstoff nach Deutschland und damit in die EU zu transportieren", erklärte Andreas Kuhlmann, Chef der Deutschen Energie-Agentur (Dena).

22 von 30 strategisch wichtigen Rohstoffen, deren Lieferung von der EU als kritisch eingestuft wird, können in großen Mengen in der Ukraine gewonnen werden, darunter Titan, Magnesium, Eisenerz, Kaolin, Mangan, Zirconium, Graphit und viele andere.

Doch Europas Klimaziele und die "grüne" ukrainische Energie sind existenzielle Gefahren für Russlands Geschäfts- und Existenzmodell, den Verkauf fossiler Energien. Wirtschaftlich gesehen lohnt sich der Krieg für Russland durchaus, falls es seine Kriegsziele erreichen sollte. Denn durch Kriege kann Russland viel mehr rauben und gewinnen, als es im Frieden verlieren würde.

—

siehe dazu auch:

<https://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/takeover-ukraine-agricultural-land.pdf>

5. BZ: Blackrock will sein Geld zurück: Ukrainische Oligarchen profitieren von westlicher Hilfe

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/ukraine-blackrock-will-sein-geld-zurueck-oligarchen-profitieren-von-westlicher-hilfe-li.2226847>

23.6.2024

Blackrock will sein Geld zurück: Ukrainische Oligarchen profitieren von westlicher Hilfe

Investoren haben der Ukraine wegen des Kriegs lange ein Schuldenmoratorium gewährt. Doch die Zeit läuft ab. Kein Problem für die Oligarchen im Land.

Die russische Invasion in der Ukraine geht bereits in das dritte Jahr. Nun droht der Ukraine auch noch das Geld auszugehen. In der vergangenen Woche sind erneut Gespräche der ukrainischen Regierung mit internationalen Investoren gescheitert, in denen Kiew um eine Verlängerung der Rückzahlungsfrist und einen teilweisen Schuldenerlass gebeten hat.

Die Gespräche wurden zwischen dem 3. und 14. Juni hinter verschlossenen Türen geführt, wie das ukrainische Finanzministerium diese Woche mitteilte.

Der Ukraine geht das Geld aus – doch die Gläubiger bleiben hart

Die Anleihegläubiger haben seit 2022 keine Zahlungen mehr von der Ukraine erhalten. Mit dem Beginn der russischen Invasion hatten sie einem zweijährigen Moratorium zugestimmt. Aber nun drängt die Zeit, denn die Tilgungsfrist des Anleihepakets im Wert von 20 Milliarden US-Dollar endet am 1. August.

Die Ukraine bittet die Anleihegläubiger – darunter der amerikanische Großinvestor Blackrock, der französische Fonds Amundi und der

britische internationale Anleger Amia Capital – größere Verluste zu akzeptieren, da sie andernfalls ihre Ausgaben für das Militär und den Wiederaufbau des Landes empfindlich einschränken müsse.

„Um Kriege zu gewinnen, müssen starke Armeen durch starke Volkswirtschaften gestützt werden“, sagte der ukrainische Finanzminister Sergii Marchenko.

Doch die Forderungen gehen den Investoren zu weit. In einer Erklärung teilte die Gläubigergruppe um Blackrock und Co. mit, dass sie sich um eine Einigung bemühe. Allerdings liege der von der ukrainischen Regierung vorgeschlagene Abschlag in Höhe von 60 Prozent deutlich über den Erwartungen des Finanzmarktes.

Lediglich ein „Haircut“ (Schuldenschnitt) von rund 20 Prozent sei vertretbar. Der von Kiew vorgeschlagene Abschlag berge die Gefahr, dass das Vertrauen künftiger Investoren in der Ukraine „erheblichen Schaden“ nehme.

Eine Einigung mit den privaten Gläubigern ist auch deshalb nötig, weil die Ukraine auf weitere Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen ist. Der IWF hat mit der ukrainischen Regierung vereinbart, dass das Verhältnis der Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt bis 2033 auf 60 Prozent sinken soll.

Im vergangenen Jahr lag die Schuldenquote bei 82,87 Prozent, Ende 2024 dürfte sie Schätzungen zufolge mehr als 94 Prozent betragen.

Ökonom: Westliche Hilfe begünstigt Oligarchen in der Ukraine

Um die Forderungen der internationalen Gläubiger erfüllen zu können, muss Kiew Privatisierungen von Staatsunternehmen vorantreiben. „Das Problem ist, dass die westliche Hilfe an ein drastisches Strukturanpassungsprogramm geknüpft wurde, das Sparmaßnahmen, Kürzungen der sozialen Sicherheitsnetze und die Privatisierung von Schlüsselsektoren der Wirtschaft umfasst“, sagt der Ökonom Frederic Mousseau vom amerikanischen Oakland Institute im Gespräch mit der Berliner Zeitung.

Das Herzstück sei dabei die Landreform von 2021, die den Ausverkauf des Landes eingeleitet habe. „Der Krieg in der Ukraine steht seit Februar im Mittelpunkt der außenpolitischen und medialen Berichterstattung 2022.“

Wenig Aufmerksamkeit wurde jedoch einer wichtigen Frage gewidmet, die im Mittelpunkt des Konflikts steht: Wer kontrolliert die landwirtschaftlichen Flächen in dem Land, das als ‚Kornkammer Europas‘ bekannt ist?“, heißt es in einer Studie des Oakland Institute mit dem Titel „Krieg und Diebstahl: Die Übernahme der landwirtschaftlichen Flächen der Ukraine“.

Die Landreform war Teil des Strukturanpassungsprogramms unter der Schirmherrschaft westlicher Finanzinstitutionen, die die proeuropäische Regierung nach der sogenannten Maidan-Revolution im Jahr 2014 auf den Weg gebracht hatte, heißt es in der Studie. „Mit 33 Millionen Hektar Ackerland verfügt die Ukraine über große Teile des fruchtbarsten Ackerlandes der Welt.“

Doch fehlgeleitete Privatisierungen und korrupte Regierungsführung seit den frühen 1990er-Jahren hätten das Land in den Händen einer neuen oligarchischen Klasse konzentriert. Rund 4,3 Millionen Hektar werden demnach im großen Stil landwirtschaftlich genutzt, der Großteil aber, nämlich drei Millionen Hektar, befänden sich in den Händen von nur einem Dutzend großer Agrarunternehmen.

Ausländische Investoren und ukrainische Oligarchen machten gemeinsam gute Geschäfte. Die Fonds stammten vornehmlich aus Europa und Nordamerika, darunter ein in den USA ansässiger Private-Equity-Fonds und der Staatsfonds von Saudi-Arabien.

Landlords parken ihr Geld in Steueroasen, Kleinbauern verarmen

Von den Oligarchen kommt dem ukrainischen Staat und auch der Bevölkerung wenig zugute. Neun der zehn größten Landlords in der Ukraine sind der Studie zufolge im Ausland registriert, hauptsächlich in Offshore-Zentren wie Zypern oder Luxemburg.

So entledigen sich die Landeigentümer lästiger Steuerzahlungen. Die Firmen sind zum größten Teil an der Börse notiert. Westliche Banken und Investmentfonds kontrollieren dadurch einen erheblichen Anteil ihrer Aktien

Das Oakland Institute listet die bedeutendsten Investoren auf, die im ukrainischen Agrarsektor Fuß gefasst haben: Die Vanguard Group aus den USA ist nach Blackrock der zweitgrößte Vermögensverwalter der Welt, ebenfalls aus den Vereinigten Staaten sind Kopernik Global Investors und die zu Goldman Sachs gehörende NN Investment Partners mit an Bord.

Aus Europa mischen die BNP Asset Management Holding aus Frankreich und

die Norges Bank Investment Management, die Norwegens Staatsfonds verwaltet, mit. „Eine Reihe großer amerikanischer Pensionsfonds, Stiftungen und Universitätsfonds sind ebenfalls in ukrainisches Land investiert“, heißt es in der Studie.

„Diese internationale Finanzierung kommt direkt den Oligarchen zugute, von denen einige des Betrugs und der Korruption beschuldigt werden“, kritisiert das Oakland Institute. Die rund acht Millionen ukrainischen Kleinbauern müssten hingegen mit einer begrenzten Menge an Land und Finanzmitteln auskommen, viele stünden bereits am Rande der Armut.

„Die Kleinbauern werden dazu gedrängt, ihr Land an große Eigentümer zu verkaufen“, sagt Mousseau im Gespräch. „Das ist wiederum im Interesse der großen ausländischen Investoren.“

Viele der ukrainischen Kleinbauern und auch zahlreiche Wissenschaftler forderten bereits, dass die internationalen Institutionen wie der IWF und die EU, die diese Politik vorantreiben, einen Richtungswechsel vornähmen und nicht mehr die ukrainischen Oligarchen unterstützten, erläutert der Ökonom.

Doch wieso versprechen sich ausländische Investoren gute Geschäfte von ukrainischen Agrarbetrieben? Schließlich ist das Land auf noch unbestimmte Zeit im Krieg mit Russland. Die Anrainerstaaten protestieren gegen ukrainische Lebensmittelexporte in die EU.

„Für ausländische Investoren ist das Engagement sehr rentabel, da die Agrarunternehmen, an denen sie sich beteiligen, über großen Landbesitz verfügen und in der Lage sind, in großem Maßstab zu produzieren und zu exportieren“, erklärt Mousseau im Gespräch.

Ein Beispiel ist der ukrainische Oligarch Jurij Kossjuk, der auch der Hühnchen-König genannt wird, der Chef des Agrarkonzerns Myronivsky Hliboproduct (MHP). Kossjuks Imperium besitzt 60 Prozent der ukrainischen Geflügelproduktion. Die MHP-Betriebe bewirtschaften nicht weniger als 300.000 Hektar Land in der Ukraine.

Weil ukrainische Landwirtschaftsprodukte den europäischen Markt fluten, kommt es zu Protesten. Im Frühjahr demonstrierten polnische Bauern gegen die ukrainischen Getreideeinfuhren, mit denen sie nicht konkurrieren können.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron attackierte sogar Kossjuk öffentlich auf einem EU-Gipfel im Februar 2024, weil die MHP-Hühnchen die Existenzen der französischen Bauern bedrohen: „Wir sind nicht

daran interessiert, für diesen Mann Geld zu verdienen. Das ist nicht das Ziel, es hilft der Ukraine nicht“, sagte Macron und kritisierte damit die Zollfreiheit für ukrainische Exporte in die EU.

Die Einfuhren von ukrainischem Geflügelfleisch in die EU sind nach EU-Angaben zwischen 2022 und 2023 um 47 Prozent gestiegen.

— —

6. IPG: Wiederaufbau „Made in Ukraine“

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/wiederaufbau-made-in-ukraine-7598/?utm_campaign=de_40_20240625&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Europa 24.06.2024

Brian Milakovsky

Brian Milakovsky ist Gastforscher bei der Denkfabrik LSE Ideas. Zuvor arbeitete er von 2015 bis 2022 an humanitären Programmen und in der Entwicklungszusammenarbeit zur wirtschaftlichen Erholung in der Ostukraine und konzentriert sich nun auf den industriellen Wiederaufbau der gesamten Ukraine.

Wiederaufbau „Made in Ukraine“

**Ausländische Investitionen reichen nicht, um die Ukraine zu retten.
Warum es eine ukrainische Entwicklungsbank braucht.**

Investitionen in die ukrainische Produktionswirtschaft tragen entscheidend zur Widerstandsfähigkeit des Landes in Kriegszeiten und zur Nachhaltigkeit seines Wiederaufbaus bei.

Auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen Ukraine Recovery Conference erklärte die ukrainische Wirtschaftsministerin Julija Svyrydenko, ihr Land benötige ein jährliches Investitionsvolumen von 10 bis 30

Milliarden Dollar, um das BIP-Wachstum zu erreichen, das nötig ist, um sich von der verheerenden Invasion Russlands zu erholen.

Das hochkarätige Auditorium westlicher Führungskräfte und Entwicklungsbanker ging vermutlich davon aus, dass Svrydenko damit ausländische Direktinvestitionen (ADI) meinte, denn die Frage der Gewinnung externer Investoren für die am Boden liegende ukrainische Wirtschaft war mit Abstand das beherrschende Thema der Konferenz.

Dass ausländische Direktinvestitionen wichtig sind, kann niemand leugnen. Wer sich allzu stark darauf fokussiert, läuft allerdings Gefahr, die wirtschaftspolitischen Perspektiven für einheimische Unternehmen und Investoren zu verengen.

Häufige ideologische Begleiterscheinungen einer „ADI-freundlichen“ Politik sind eine maximale Marktöffnung und das Vermeiden von Local Content – also des im Zielland erbrachten Anteils an der Gesamtwertschöpfung – und industriepolitischen Maßnahmen. Die ukrainischen Unternehmen sind jedoch mit massiven kriegsbedingten Markteinbrüchen konfrontiert und brauchen eine wirksame staatliche Politik, um ihre Wettbewerbsposition gegenüber den EU-Ländern zurückzugewinnen.

Selbst unter den furchtbaren Rahmenbedingungen des Krieges investieren ukrainische Unternehmen derzeit offenbar aktiver in die Wirtschaft ihres Landes als ausländische Unternehmen. Ministerin Svrydenko gab bekannt, dass ihr Land 2023 ausländische Direktinvestitionen im Umfang von 4,3 Milliarden US-Dollar erhalten hat – ein enormer Anstieg gegenüber den mageren 250 Millionen US-Dollar von 2022 und ein großer Schritt in Richtung des Vorkriegsniveaus von 7,95 Milliarden US-Dollar.

Für 2023 liegen zwar keine Angaben zu inländischen Investitionen vor, aber für 2022 meldeten ukrainische Unternehmen Kapitalinvestitionen in Höhe von 10,5 Milliarden US-Dollar – 2021 lagen sie noch bei 20 Milliarden US-Dollar.

Dass ukrainische Unternehmen eher bereit sind, weitere Investitionen im Inland zu tätigen, ist wenig überraschend, denn sie haben jahrzehntelang in ihre bestehenden Anlagen investiert und verfügen über deutlich weniger Alternativen, wie sie ihr Kapital einsetzen können. Und ihre Risikobereitschaft ist wirklich beachtlich: Im von Raketen zerstörten Charkiw und in Nikopol – unweit eines russisch besetzten Atomkraftwerks auf der anderen Seite des Flusses Dnipro – investieren Fabriken derzeit in neue Produktionsanlagen.

Auch unter den ausländischen Direktinvestoren waren 2023 diejenigen Unternehmen die größten, die bereits Anlagen in der Ukraine hatten, wie Kronospan Wood Panels oder Carlsberg Brewing. Das wichtigste in Berlin vorgestellte ADI-Projekt wurde bereits bei der Ukraine Recovery Conference in London im vergangenen Jahr besonders gelobt: der vom irischen Baustoffhersteller Kingspan in der Region Lwiw errichtete Fabrikkomplex.

Die nächsten ADI-Erfolgsgeschichten dürfte es wohl im Verteidigungssektor geben, aber die meisten Gelder existieren bisher nur in Form von Zusagen.

Die Ukraine sollte unbedingt darüber nachdenken, wie sie attraktive Bedingungen für künftige ausländische Direktinvestitionen schaffen kann, und jede sich während des Krieges bietende Gelegenheit nutzen, um neue Investoren anzuziehen. Aber wäre es angesichts der enormen Herausforderungen nicht sinnvoll, vorrangig das Kapital der einheimischen Unternehmen zu mobilisieren, die gegenwärtig den Löwenanteil der Kriegsinvestitionen stemmen?

Die Bemühungen der ukrainischen Regierung, einheimischen Unternehmen im Rahmen des Programms „Made in Ukraine“ mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, verdienen Anerkennung. Das von staatlichen Banken subventionierte Kreditprogramm 5-7-9 (der Name bezieht sich auf die angebotenen Vorzugszinssätze) ist in Kriegszeiten finanziell gut ausgestattet.

Zudem ist Kiew dabei, in enger Zusammenarbeit mit Gebern und internationalen Finanzinstitutionen mehr Finanzmittel in das Bankensystem zu lenken. Zudem hat die Ukraine ähnlich wie ihre EU-Nachbarn Anreize für die Errichtung von Industrieparks geschaffen und bietet zusätzliche Anreize für Investoren, die mehr als zwölf Millionen Dollar investieren. Den ukrainischen Landwirten werden Rabatte für den Kauf von Gerätschaften aus inländischer Produktion gewährt.

Diese großartigen Anstrengungen sollten jedoch nur der Auftakt sein. Es gibt eine enorme Finanzierungslücke für die großen Kapitalprojekte, die erforderlich sind, um die ukrainische Industrie wiederzubeleben und zu modernisieren und all das zu liefern, was für den Wiederaufbau gebraucht wird.

Im Augenblick bemüht sich zum Beispiel ein ukrainischer Investor um eine Finanzierung in Höhe von 180 Millionen US-Dollar, die er mit seinen eigenen 80 Millionen US-Dollar zusammenlegen will, um in der Ukraine die erste Flachglasfabrik seit Sowjetzeiten zu errichten. Vor dem Krieg importierte die Ukraine den größten Teil ihres Flachglases

aus Russland und Belarus. Heute braucht sie riesige Mengen, um beschädigte Häuser zu reparieren.

Die Metallurgie-Riesen Metinvest und Interpipe – Eigentümer sind die ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow beziehungsweise Andrii Pintschuk – haben einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar für Investitionen in umweltfreundlichen Stahl angemeldet, um zu verhindern, dass sie aufgrund des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus vom EU-Markt ausgeschlossen werden.

Insgesamt beziffert der ukrainische Metallurgieverband den Bedarf an solchen Dekarbonisierungsinvestitionen in der gesamten Branche auf 15 Milliarden US-Dollar.

Viele politische Entscheidungsträger und Analysten halten eine ukrainische Entwicklungsbank für die geeignete Institution, um die für so ehrgeizige Projekte benötigten „langfristigen“ Gelder bereitzustellen. Kiew sollte mit seinen westlichen Partnern zusammenarbeiten, um die Startmittel und Garantien zu beschaffen, die benötigt werden, um ukrainische Unternehmen in dieser Größenordnung zu finanzieren.

Neben der Bereitstellung von Finanzmitteln sollte die Regierung in Kiew auch darüber nachdenken, welche politischen Hebel sie in Bewegung setzen kann, um mehr Ressourcen zu den einheimischen Unternehmen zu lenken. Untersuchungen haben ergeben, dass ukrainische Hersteller 80 Prozent der für den Wiederaufbau des Landes benötigten Baumaterialien (im Wert von fast 40 Milliarden Dollar) liefern könnten.

Doch mit der Zahl an staatlichen Ausschreibungen für den Wiederaufbau steigt auch der Anteil der zugekauften Importgüter. Die ukrainischen Hersteller sehen in der schwachen Verbrauchernachfrage eines der Haupthindernisse für ihre wirtschaftliche Erholung. Deshalb sind staatliche Ausschreibungen für ihr Überleben besonders wichtig.

Die radikalste Möglichkeit, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bestünde für die Ukraine darin, eine sogenannte National Security Exemption zu erklären, sich damit von ihren Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union und der Welthandelsorganisation freizumachen und zudem ein Gesetz zu erlassen, das alle ausländischen Unternehmen zur Auftragserfüllung im ausschreibenden Land verpflichtet.

Ein solches einseitiges Vorgehen könnte jedoch die so wichtigen Beziehungen der Ukraine zur EU zusätzlich belasten. Alternativ könnte Kiew versuchen, für die Zeit des Krieges und der frühen Wiederaufbauphase mit der EU eine befristete Local Content-Vorgabe

auszuhandeln.

Wenn man festlegt, dass ein bestimmter Mindestanteil (zum Beispiel 60 bis 70 Prozent) der Baustoffe und anderer Schlüsselgüter, die in der Ukraine schon jetzt problemlos produziert werden, in der Ukraine beschafft werden muss, würde dies das Vertrauen der ukrainischen Unternehmen in den Marktzugang stärken und zu mehr inländischen Investitionen anregen.

Es würde auch die Wiederherstellung der Steuerbasis beschleunigen, aus der schließlich später die Mittel für die Rückzahlung der Wiederaufbaukredite der Ukraine an die EU bezahlt werden.

Der neu entstehende ukrainische Rohstoffsektor braucht zum einen mehr Finanzmittel und zum anderen eine zielgerichtete Industriepolitik. Auf der Ukraine Recovery Conference äußerten sich EU-Vertreter begeistert über die gewaltigen Rohstoffvorräte der Ukraine, die nach einer Schätzung über 22 der 30 kritischen Mineralien auf der Brüsseler Liste verfügt, und betonten, wie wichtig diese Vorräte für die „strategische Autonomie“ der Union und gar für „die europäische Souveränität“ seien.

Alle Vortragenden waren sich einig, dass ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung in der Ukraine erwirtschaftet werden solle. Doch wie lässt sich zuverlässig dafür sorgen, dass die notwendigen Anreicherungs-, Verarbeitungs- und Produktionsanlagen gebaut werden? Wird es genügend ausländische Direktinvestitionen geben, und werden die Investoren motiviert sein, mehr zu tun, als nur den Transport von rohem Erz über die Grenze zu erleichtern?

Eine ukrainische Entwicklungsbank könnte dazu beitragen, dass einheimische Unternehmen in diesem jungen Wirtschaftszweig zum Zuge kommen und die wertschöpfungsintensive Verarbeitung Priorität erhält. Außerdem braucht es Local Content-Vorgaben, damit bei ausländischen Direktinvestitionen, die in diesen Sektor fließen, ukrainische Zulieferer einbezogen werden und damit diese Investitionen in der ukrainischen Wirtschaft eine Tiefenwirkung entfalten.

Die Ukraine strebt den Beitritt zum europäischen Binnenmarkt an und sollte sich nicht auf unrealistische Modelle der autarken Selbstversorgung verlegen. Den Schwerpunkt stärker auf inländische Investoren und Unternehmen zu legen, ist obendrein angebracht und folgerichtig in Zeiten, in denen Russland ausländische Investoren rasch mit neuen Zerstörungsaktionen verschrecken kann.

Wenn man jetzt die inländischen Kapazitäten stärkt, trägt das dazu bei, dass die ukrainischen Unternehmen für den Wettbewerb und die

Zusammenarbeit gerüstet sind, wenn ausländische Direktinvestoren tatsächlich in dem von der Ukraine Recovery Conference geforderten Umfang einsteigen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

—

7. FAZ: Krieg im Gazastreifen: Guterres warnt vor einer Katastrophe in Nahost

<https://www.faz.net/aktuell/politik/krieg-in-nahost/krieg-im-gazastreifen-guterres-warnt-vor-katastrophe-in-nahost-19807167.html>

Krieg im Gazastreifen: Guterres warnt vor einer Katastrophe in Nahost

22.06.2024, 05:05

Der UN-Chef fordert von Israel und der Hizbullah in Libanon ein Ende der Feindseligkeiten, die Gefahr einer Eskalation sei real. Zugleich beklagt er die „totale Gesetzlosigkeit“ in Gaza. Dort gab es abermals Tote. Der Überblick.

UN-Generalsekretär António Guterres hat im Konflikt zwischen Israel und der proiranischen Hizbullah-Miliz in Libanon eindringlich vor einer Katastrophe gewarnt. „Eine unüberlegte Handlung - eine Fehlkalkulation - könnte eine Katastrophe auslösen, die weit über die Grenze hinausgeht und, offen gesagt, die Vorstellungskraft übersteigt“, warnte Guterres am Freitag in New York.

Die Menschen in der Region und in aller Welt könnten es „sich nicht leisten, dass Libanon ein weiteres Gaza wird“, sagte Guterres unter Verweis auf den Krieg zwischen Israel und der mit der Hizbullah verbündeten islamistischen Hamas im Gazastreifen. Dort starben am Freitag nach palästinensischen Angaben bei einem Israel zugeschriebenen Angriff auf ein Zeltlager mit Binnenflüchtlingen mindestens 24 Menschen.

Das israelische Militär teilte auf Anfrage mit, erste Untersuchungen deuteten darauf hin, dass der Angriff in Al-Mawasi nahe Rafah im Süden Gazas nicht durch israelische Truppen erfolgt sei. Der Vorfall werde noch weiter untersucht. Laut der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde in Gaza erlitten 47 Palästinenser bei dem Angriff Verletzungen.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) teilte auf der

Plattform X mit, dass das nahe gelegene Feldlazarett 22 Tote und 45 Verletzte aufgenommen habe, wobei es Berichte über weitere Opfer gebe. In der Erklärung des Roten Kreuzes wurde nicht gesagt, wer dafür verantwortlich war. Geschosse „schweren Kalibers“ seien nur wenige Meter vom Büro des IKRK und seiner Unterkunft in Al-Mawasi entfernt eingeschlagen. Das Bürogebäude, das „von Hunderten von in Zelten lebenden Vertriebenen umgeben“ sei, sei beschädigt worden.

Die an Ägypten grenzende Stadt Rafah steht seit Anfang Mai im Mittelpunkt einer israelischen Militäroffensive. Israel will dort die letzten Bataillone der Hamas zerschlagen. Dort hatten etwa eine Million Menschen auf engstem Raum Schutz vor Kämpfen in anderen Teilen des Gazastreifens gesucht.

Als die Bodenoffensive der Israelis begann, flohen sie erneut. Viele kamen nach Al-Mawasi, wo es jedoch nach Angaben von Hilfsorganisationen an Unterkünften, sanitären Einrichtungen, Wasser und Nahrungsmitteln mangelt. Augenzeugen berichteten am Freitag, dass israelische Panzergranaten völlig überraschend in dem dortigen Zeltlager eingeschlagen seien. Unabhängig ließen sich diese Angaben nicht überprüfen.

„Extreme Schwierigkeiten bei Verteilung von Hilfsgütern“

UN-Generalsekretär Guterres beklagte, es herrsche „totale Gesetzlosigkeit“ im Gazastreifen. Es gebe „extreme Schwierigkeiten bei der Verteilung“ von Hilfsgütern in Gaza, Lastwagen würden geplündert. Das Problem bestehe nicht nur darin, Hilfsgüter nach Gaza zu bringen.

„Es muss ein Mechanismus vorhanden sein, der ein Mindestmaß an Recht und Ordnung garantiert, damit die Verteilung stattfinden kann“, forderte Guterres. Der UN-Chef drängte daher einmal mehr auf eine sofortige Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas.

Bei den indirekten Verhandlungen gibt es nach Aussagen des Vermittlerstaats Katar einige Fortschritte. Es gebe allerdings zwischen Israel und der Hamas „noch immer einige Lücken“, sagte Katars Ministerpräsident Mohammed bin Abdulrahman Al Thani am Freitag bei einem Besuch in Spanien. Katar setze seine Bemühungen fort, sagte er weiter. Es habe einige Treffen mit Vertretern der Hamas gegeben.

Seit Monaten laufen Bemühungen der Vermittler USA, Katar und Ägypten, Israel zu einer Waffenruhe und die Hamas zur Freilassung der noch rund 120 aus Israel verschleppten Menschen zu bewegen - bislang jedoch ohne einen Erfolg.

Der Auslandschef der Hamas, Ismail Hanija, bekräftigte nach einem Bericht der israelischen Nachrichtenseite „Ynet“ vom Freitagabend die Position der Islamistenorganisation. Man sei „offen für jede Verhandlungs- und Waffenstillstandsinitiative“, sofern diese die Forderungen nach „Beendigung des Krieges“ erfülle.

Die Hamas halte an ihren Forderungen wie einem dauerhaften

Waffenstillstand und einem vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen fest, hieß es. Israel lehnt ein Ende des Krieges jedoch bisher strikt ab.

Scharmützel an der Grenze zu Libanon

Unterdessen kam es an Israels Grenze zu Libanon am Freitag abermals zu gegenseitigem Beschuss. In Reaktion auf wiederholte Angriffe auf Gebiete im Norden Israels flog die israelische Armee nach eigenen Angaben Luftangriffe gegen mehrere Stellungen der proiranischen Schiitenmiliz Hizbullah im Süden Libanons, wie das Militär am Abend mitteilte. Zuvor seien Angriffe aus Libanon auf Gebiete im Norden Israels erfolgt.

Es habe dabei keine Berichte über Verletzte gegeben, hieß es. Die Angaben ließen sich zunächst unabhängig nicht überprüfen. Seit Beginn des Krieges im Gazastreifen kommt es täglich zu militärischen Konfrontationen zwischen der israelischen Armee mit der Hizbullah im Grenzgebiet zwischen Israel und Libanon. Auf beiden Seiten gab es dabei Tote.

UN-Generalsekretär Guterres drückte seine „tiefe Besorgnis“ über die jüngste Eskalation in dem Konflikt aus. Die Gefahr einer Ausweitung sei „real“ und müsse vermieden werden. In Ortschaften beiderseits der Grenze hat der gegenseitige Beschuss bereits schwere Zerstörungen angerichtet.

Rund 150.000 Menschen wurden evakuiert oder verließen die Kampfzone. Die Hizbullah ist mit der Hamas verbündet, gilt aber als deutlich schlagkräftiger.

— —

8. Die Zeit: Rafah: Benjamin Netanjahu kündigt baldiges Ende intensiver Kampfphase an

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-06/gaza-krieg-rafah-intensive-kampfphase-vorbei-benjamin-netanjahu-israel>

Rafah: Benjamin Netanjahu kündigt baldiges Ende intensiver Kampfphase an

Israels Ministerpräsident will einen Teil der Truppen aus Rafah nach Norden verlegen. Das bedeute kein Ende des Krieges. Dieser ende erst, wenn die Hamas besiegt sei.

24. Juni 2024, 8:46 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, als

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat im Gaza-Krieg ein baldiges Ende der intensiven Kampfphase angekündigt. "Die intensive Phase der Kämpfe gegen die Hamas steht kurz vor dem Ende", sagte Netanjahu am Sonntagabend dem israelischen Sender Channel 14. Dies bedeute aber nicht, "dass der Krieg bald zu Ende ist".

Er sei zu einer vorübergehenden Waffenruhe im Gegenzug für die Freilassung einiger Geiseln bereit, sagte Netanjahu. Doch der Krieg ende erst, wenn die islamistische Terrororganisation Hamas den Gazastreifen nicht mehr kontrolliere.

"Das Ziel ist es, die Verschleppten zurückzubringen und das Hamas-Regime in Gaza zu entwurzeln", sagte der israelische Regierungschef.

Israel verortet in Rafah an der Grenze zu Ägypten die letzten verbliebenen Hamas-Bataillone im Gazastreifen und geht trotz internationaler Kritik seit Wochen gegen Ziele in der Stadt vor.

Netanjahu kündigt Truppenverlegung nach Norden an

Nach dem Ende der intensiven Phase "werden wir in der Lage sein, einige Kräfte zurück in den Norden zu verlegen", kündigte Netanjahu an. Dies werde "in erster Linie" zu Verteidigungszwecken geschehen, aber auch, um die von dort geflüchteten Bewohner zurückzubringen. Dort, im Grenzgebiet zum Libanon, beschießen sich Israel und die libanesische Hisbollah seit mehr als acht Monaten. Zuletzt nahm die Intensität der Gefechte deutlich zu.

Die Hamas teilte mit, Netanjahus Worte bestätigten, dass dieser die Vorschläge von US-Präsident Joe Biden zu einer Waffenruhe ablehne, "im Gegensatz zu dem, was die US-Regierung zu vermarkten versucht". Jedes Abkommen müsse einen dauerhaften Waffenstillstand und einen vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen beinhalten.

"Es ist die Hamas, die ein Abkommen ablehnt, nicht Israel", teilte das Büro des Ministerpräsidenten gleich nach dem Interview mit. Netanjahu habe deutlich gemacht, "dass wir Gaza nicht verlassen werden, bis wir alle 120 unserer Geiseln, lebende und verstorbene, zurückgebracht haben".

Ende Mai hatte Biden überraschend einen dreistufigen Plan für eine Waffenruhe vorgestellt. Dieser sieht vor, dass eine vorübergehende

Feuerpause eingehalten wird und währenddessen einige der Geiseln freikommen. In einer zweiten Phase würden die Kämpfe dann dauerhaft eingestellt und die verbliebenen Geiseln auf freien Fuß kommen.

In einer letzten Phase soll dem Entwurf zufolge der Wiederaufbau des Gazastreifens beginnen. Nach Darstellung der USA hat lediglich die Hamas dem Plan bislang nicht zugestimmt.

— —

9. LMD: Charlotte Wiedemann: Auf der Suche nach Palästina

Gespräche über Zukunftsvisionen und den brutalen Alltag unter der Besatzung

<https://monde-diplomatique.de/artikel/!6015221>

13.06.2024

Auf der Suche nach Palästina

Gespräche über Zukunftsvisionen und den brutalen Alltag unter der Besatzung

von Charlotte Wiedemann

Erleben wir gerade den entscheidenden Moment der jüngeren Geschichte Palästinas? So ist es allenthalben zu hören, in einem Ton, so düster wie hell, ein Doppelklang von Desaster und Triumph. Nie war das Leid nach 1948 so bitter, die Gefahr völliger Vertreibung so groß. Zugleich dieser weltweite Echoraum der Solidarität, vibrierend von Siegesgewissheit: Palestine will be free.

Wo aber ist dieses Palästina, wenn es denn nicht nur eine Metapher sein soll, nicht nur Symbol der Sehnsucht nach globaler Gerechtigkeit, sondern ein reales Land für reale Menschen – und was definiert deren Freiheit?

Die tägliche Wetterkarte der Jerusalem Post zeigt Israel vom Meer bis zum Fluss, das Westjordanland einverleibt; rote Punkte markieren israelische Städte, palästinensische existieren nicht. In den Souvenirshops Israels findet sich keine andere Silhouette des Landes als from the river to the sea. Palästinensische Läden verkaufen die gleiche Silhouette, in den panarabischen Farben oder als Kalligrafie.

Birgt diese Beobachtung womöglich eine Lösung?

Zwei Völker betrachten dasselbe kleine Stück Erde als ihre Heimat und erkennen dieses Heimatgefühl wechselseitig an – dies ist der Grundgedanke von „A Land for All“ (Alfa), eine israelisch-palästinensische Initiative von Wissenschaftlern, Intellektuellen, Juristinnen, Journalisten. Sie gehen jetzt, in der dunkelsten Stunde, mit ihrem Modell einer binationalen Föderation in die Offensive:

Zwei souveräne Staaten mit offener Grenze zueinander erlauben Freizügigkeit und Wohnrecht für alle zwischen Fluss und Meer. Ähnlich wie in der Europäischen Union wären Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsrecht nicht identisch – die 700 000 jüdischen Siedler im Westjordanland könnten im Staat Palästina bleiben, doch ohne Wahlrecht. Im Gegenzug könnten sich Palästinenser, deren Vorfahren 1948 vertrieben wurden, in Israel ansiedeln, ohne dort Staatsbürger zu sein.¹

„Es ist für Palästinenser nicht leicht zu akzeptieren, dass Juden ein Recht haben, hier zu sein und dass sie eine Bindung an das Land haben“, sagt Rula Hardal, die palästinensische Co-Direktorin von Alfa. Ich treffe die Politologin an einem Westjerusalemmer Forschungsinstitut; sie ist israelische Staatsangehörige und kommt aus einer griechisch-orthodoxen Familie im Norden.

Gerade verabschiedet sie May Pundak, die jüdische Co-Direktorin. Die beiden umarmen sich, sprechen Hebräisch, für Rula Hardal neben Arabisch wie eine zweite Muttersprache, während ihre Kollegin sich entschuldigt: sorry, nur wenig Arabisch. So ist es oft in binationalen Projekten. Pundak hat zudem einen einschlägig bekannten Namen, ihr Vater Ron war ein Architekt der Oslo-Friedensvereinbarungen, aus deren Scheitern eine Aufgabe für die Tochter entstand.

Rula Hardal überdeckt jegliche Asymmetrie durch ihr Selbstbewusstsein. Die 50-jährige Feministin tritt lange für Frauenrechte in der israelischen Gesellschaft; ihr heutiges Selbstverständnis, sich nicht als Angehörige einer Minderheit im jüdischen Staat zu betrachten,

sondern als Anwältin der Einheit aller Palästinenser, entstand erst allmählich, auch während einiger Jahre in Deutschland, als sie an der Universität Hannover Nahost- und Genderstudien lehrte und mit den Sichtweisen der Diaspora vertraut wurde. Dass sie nun international die palästinensische Seite des binationalen Projekts repräsentiert, durchbreche die Schranke, die Israel stets zwischen den Palästinensern errichte.

Ein Herzstück von „A Land for All“ ist die wechselseitige Respektierung der Traumata, die auf beiden Seiten so prägend sind. Holocaust und Nakba. „Die jüdischen Israelis müssen die Vertreibungen von 1948 als Unrecht anerkennen und die Palästinenser das Leid der Juden aus der europäischen Geschichte“, sagt Rula Hardal. Aber der Holocaust legitimiere keinen Siedlerkolonialismus, der Zionismus müsse sich von gewalttätigen Praktiken befreien.

In einem antizionistischen Protestcamp würde diese Formulierung vermutlich als zu weich, zu liberal empfunden. Aber Hardal will weg vom palästinensischen Selbstverständnis als Opfer. „Wir müssen als Alteingesessene, als Eigentümer des Landes Verantwortung übernehmen und dem anderen Volk eine gemeinsame Zukunft anbieten.“

So ist „A Land for All“ zugleich radikaler Kompromiss und radikale Utopie. Sie verlangt von jüdischen Israelis und von Palästinensern, nicht nur einander neu zu betrachten, sondern zugleich sich selbst. Mehr als ein Jahrzehnt haben Forscher, Analytinnen und Menschenrechtsaktivisten an dieser Vision gearbeitet, und dann traten sie ausgerechnet drei Tage nach dem Hamas-Überfall vom 7. Oktober an die Öffentlichkeit.

Eine Flucht nach vorn, in der wilden Hoffnung, aus der Katastrophe eine Chance zu machen. Alle Beteiligten wissen: Dafür bedarf es immensen Drucks von außen, vor allem auf das jüdische Israel.

Vom Herzl-Berg im Westen Jerusalems – Jad Vaschem ist nahebei – bis nach Beit Hanina in den Ausläufern des besetzten Ostjerusalem braucht der Light Rail nur 35 Minuten. Die Gleise der Stadtbahn kreuzen eine unsichtbare Linie, die Waffenstillstandslinie von 1949, für den Rest der Welt die Staatsgrenze Israels, auf den Landkarten seiner Schulen nicht verzeichnet.

Jüdische Mitreisende in der Bahn scheinen meine Frage, wo Ostjerusalem beginne, nicht zu verstehen. Die Annexion dessen, was Palästinensern ihre künftige Hauptstadt ist, hat sich auch ins Bewusstsein gesenkt. Vom Meer bis zum Jordan sei alles jüdisches Land, das ist die Position der israelischen Regierung, weshalb es, wie Benjamin Netanjahu sagt, logischerweise gar keine Besatzung gebe. Einer seiner

Minister, Eli Cohen, nahm gerade vorweg, was daraus folgen soll: „From the river to the sea wird es einen Staat geben: den Staat Israel.“²

A Land for All – ein radikaler Kompromiss

Das binational verschränkte Leben, die demokratische Utopie von A Land for All, ist in der Realität eine autoritäre Dystopie im Werden, die Einstaatlichkeit wird der schwächeren Seite aufgezwungen durch Enteignung, zweierlei Recht und Waffengewalt. Meter für Meter, Grundstück für Grundstück schiebt sich die sogenannte Judaisierung voran, religiös verbrämtes Landgrabbing im Osten Jerusalems wie in seiner Altstadt.

Ich treffe dort armenische Aktivisten in ihrem Protestcamp, Überwachungskameras nach allen Seiten: Wie andere christliche Gemeinden zuvor kämpfen sie gegen aggressive Gangs von Siedlern, die Geschäftsleute bedrohen und Priester bespucken.

Die Dystopie ist gefräßig. Im Westjordanland stellen die jüdischen Siedler bereits ein Viertel der Bewohner, das hat die Zweistaatenlösung systematisch unterhöhlt. Und gegen den Ausweg, den A Land for All an dieser entscheidenden Stelle anbietet, gibt es unter Palästinensern einen berechtigten Einwand:

Eine Gleichstellung von nach internationalem Recht illegalen Siedlern und Flüchtlingen, deren Rückkehrrecht 1948 in der UN-Resolution 194 verankert wurde, sei moralisch wie juristisch unannehmbar. Während die Siedler in ihren 250 Ortschaften Bestandsschutz bekämen, bliebe die Rückkehr von Geflüchteten und ihren Nachkommen Verhandlungssache.

An einem Frühsommerabend treffen sich im Ostjersalemer Nashashibi-Kulturzentrum Intellektuelle und ausländische Diplomaten zum nichtöffentlichen Austausch. Die Villa ist melancholisches Denkmal einer palästinensischen Oberschicht, die mit der Nakba unterging: Die umfangreiche Bibliothek von Issaf Nashashibi (1885–1948), Philosoph und Literaturwissenschaftler, wurde 1948 geplündert, viele Bände Israels Nationalbibliothek einverleibt.

Ein passender Rahmen für Gespräche über Gerechtigkeit für alle im historischen Mandatsgebiet Palästina. Muss der ethnonationale jüdische Staat für sakrosankt gehalten werden, wie in der westlichen Diplomatie üblich? Oder wären Juden und Jüdinnen womöglich besser geschützt ohne suprematistische Privilegien?

Dafür plädiert auf jüdischer Seite schon länger der Philosoph Omri Boehm. Seine binationale „Republik Haifa“ möge vorerst ein Traum sein, schrieb er, sei jedoch „ehrlicher als der Gedanke, ein System der Apartheid könne jemals ein menschliches Antlitz haben“.3 Eine Schnittstelle zur propalästinensischen Solidaritätsbewegung dieser Tage.

Wenn Demonstranten auf ihren Pappschildern Gleichheit für alle zwischen Meer und Fluss verlangen, erneuern sie das alte Lieblingsmodell der säkularen palästinensischen Linken: ein demokratischer Einheitsstaat, one person, one vote. Denn Kern der palästinensischen Frage sind Freiheit, gleiche Rechte, Selbstbestimmung und nicht ein Separatstaat.

Edward Said forderte bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten, über die „erbärmlichen Perspektiven, wie sie Teilung und Trennung zu bieten haben“, hinauszublicken.4 Allerdings warnte er zugleich vor dem gefährlichen Wunsch, die Zeit zurückdrehen zu wollen und sich „ein utopisches Land ohne aufdringliche jüdisch-israelische Präsenz“ zu erträumen.

Wer Koexistenz allein auf Basis gleicher individueller Bürgerrechte definiere, weiche der Frage nach einem legitimem jüdisch-israelischen Nationalbewusstsein aus, argumentiert der palästinensische Politikwissenschaftler Bashir Bashir, ein führender Experte im neuen akademischen Diskurs über flexible Modelle von Souveränität.

Juden und Jüdinnen ausschließlich als Individuen zu betrachten, lasse sie ohne kollektive Schutzrechte, wenn sie – demografisch absehbar – zur Minderheit zwischen Meer und Fluss werden.

Der besonderen jüdischen Geschichte Rechnung zu tragen, in einer egalitären Gesellschaft für alle, das bleibt die große Aufgabe der Zukunft. Wenn für Zukunft noch Zeit ist.

Was bedeutet es, Palästinenser, Palästinenserin zu sein?

Abgesehen von Exil und Diaspora, abgesehen von den Lagern im Libanon, in Jordanien, leben die Palästinenser allein auf dem kleinen Stück Erde zwischen Fluss und Meer schon unter sechs verschiedenen Rechtskonstruktionen: im Kernland Israel, in Gaza, in Ostjerusalem und in den drei administrativen Zonen des Westjordanlands. Nirgendwo sind sie jüdischen Bürgern gleichgestellt, doch auch untereinander sind sie ungleich – sozial, geografisch, politisch fragmentiert.

Wie groß ist allein die Kluft zwischen zwei palästinensischen Protagonisten von „A Land for All“, der viel reisenden Rula Hardal und – im Westjordanland – Awni al-Mashni, der die Gruppe vor zwölf Jahren mitbegründete! Unsere erste Verabredung platzt; ich warte in Ramallah, er kommt wegen geschlossener Checkpoints nicht aus Bethlehem heraus, 22 Kilometer, unüberwindbar.

Mit akkurat gebügeltem Streifenhemd, ergrautem Schnauzbart, jordanische Zigaretten kettenrauchend hat Awni al-Mashni etwas von alter Fatah-Garde, das ist nicht falsch, aber auch nicht ganz richtig. Die Autonomiebehörde von Mahmud Abbas betrachtet er sehr kritisch, sie diene vor allem Israels Interesse.

Zu Beginn unseres Gesprächs stellt er sich vor mit den Worten „Ich bin ein palästinensischer Flüchtling“, als sei dies das Entscheidende in einem ereignisreichen Leben, und tatsächlich war es das wohl. Seine Eltern flohen 1948 aus al-Qabu, einem Dorf westlich von Jerusalem. Awni wurde im Dheisheh-Flüchtlingscamp bei Bethlehem geboren und lebte dort die meiste Zeit, sofern er nicht gerade im Gefängnis saß, und das war so für insgesamt 13 Jahre.

Wo einmal das Haus der Eltern stand, ist heute der Begin-Nationalpark, für al-Mashni unerreichbar; er darf nicht nach Jerusalem.

Bei einem Deutschlandbesuch vor vielen Jahren war er in einer KZ-Gedenkstätte. „Ich verstehe das Leid der Juden in Europa, das zu verstehen ist nicht schwer, und so etwas darf nie wieder passieren. Aber es geschah nicht in meiner Verantwortung und darf nicht auf meine Kosten gelöst werden.“

Ob er sich durch die Anerkennung des jüdischen Traumas von vielen seiner Landsleute unterscheide, frage ich. Er widerspricht, „aber die Frage ist sehr provokativ für jemanden, dessen Haus gerade zerstört wird“.

Welcher inneren Kraft es bedarf, den Schmerz über ein seit Kindertagen erlebtes Unrecht im Zaum zu halten und sich für Versöhnung starkzumachen, kann ich nur erahnen. Al-Mashni macht sich keine Illusionen, wie lange selbst im günstigsten Fall eine binationale Gesellschaft von der Asymmetrie der Macht gezeichnet wäre. „Die Mentalität der Apartheid zu überwinden, wird Generationen dauern.“

Während des Gesprächs mochte ich ihm die Frage, was ihn ins Gefängnis gebracht hatte, nicht stellen. Sie erschien mir plötzlich anmaßend, weil Gefängnis unter seinen Lebensumständen so normal ist. Die

Menschen, die ich während meiner Recherche traf, hinterließen in meinem Notizbuch gemeinsam ein Jahrhundert Knast.

Ich frage al-Mashni im Nachhinein, über die sichere Distanz von Whatsapp, und bekomme Details: Mit 17, als er einer bewaffneten Zelle angehörte, die erste Haft; später, als er unbewaffnet kämpfte, mehrere Jahre im Gefängnis. Darunter auch die berüchtigte Administrativhaft, ohne Anklage, ohne Urteil. „Die Besatzung“, schreibt er mir, „duldet keinerlei Widerstand, auch wenn er gewaltlos und friedlich ist.“

Die Besatzung – sie ist im palästinensischen Sprechen ein handelnder Akteur, kein Zustand. Und tatsächlich diktiert die Besatzung auf ständig sich ändernde Weise den Alltag.

Zwischen der Vorstellung von Freizügigkeit from the river to the sea und dem blockierten Leben im zerstückelten Westjordanland lässt sich kaum ein größerer Kontrast denken. Es gibt Statistiken über die sieben Typen von Hindernissen, Barrieren, Checkpoints und Straßensperren, sie summieren sich auf 565, auf einer Fläche so groß wie ein Viertel Hessens. Und zwei Drittel davon stehen ohnehin unter Kontrolle Israels.

Die Armee verschließt einfach die Gitter und Gatter am Ausgang von Ortschaften und Dörfern, so dass deren Bewohner gar nicht erst die Landstraßen erreichen. Mancherorts stehen jetzt Siedler als Reservisten in Uniform an Checkpoints. Der europäische Mitarbeiter einer Stiftung erzählt mir, wie schnell auch er in Gewehrläufe blicke, wenn er an einem Posten aus Versehen seinen Wagen zu weit vorgesetzt habe.

Kalandia, den größten Checkpoint zwischen dem besetzten Ostjerusalem – alias „Israel“ – und dem Westjordanland⁵, kannte ich von einem früheren Besuch. Betäubt von Lärm, Gedränge und bellenden Kommandos, schob ich mich damals mit Massen von Werkträgern, Palästinas Arbeitskräften für Israels Baustellen, durch die Kontrollen.

Seit dem 7. Oktober sind Arbeitsgenehmigungen und Passierscheine annulliert, die erzwungene Ruhe erlaubt mir Beobachtungen. Wie sich betagte Frauen mit arthritischen Knien langsam die viel zu hohen Stufen einer Überführung hinaufquälen. Wie eng die Drehkreuze sind, die Reisetasche muss gegen die Brust gepresst werden. Kleinigkeiten nur; jede zielt auf Demütigung.

Etwas abseits dann das Flüchtlingslager Kalandia, vom umgebenden Wirrwarr aus Betonklötzen, Zäunen und Sperren durch sichtbares Alter unterschieden: enge Straßen, alte Gebäude, Graffiti, das Zuhause von 14 000 anerkannten Flüchtlingen. Sie bleiben, weil es anderswo zu teuer wäre, und aus einem Gefühl der Zugehörigkeit. Die Liebe zur

Heimat, sie gilt zuerst dem Dorf der Vorfahren, dann dem Camp, wo die Beziehungen aus dem längst zerstörten Dorf weiterbestehen.

Wandgemälde erzählen von Getöteten und Inhaftierten, meist an der Mauer des Hauses, wo der Betreffende lebte. Israelische Soldaten kommen oft bei Nacht, ihre Lärmgranaten versetzen Kinder in Todesangst. Das Camp bringt bewaffnete Kämpfer hervor – was ist Ursache, was Wirkung? Manche Märtyrer-Graffiti sind sonnenverblichen, andere frisch. Ich denke an einen Satz von Awni al-Mashni: Gewalt ist keine Lösung. Er wirkt hier fremd.

„Feuerwaffen verboten“ steht am Eingang zur Schule des UNWRA-Hilfswerks. 1200 Schüler, Klasse 1 bis 9. Der Rektor der Jungenschule, ein Mathematiker, wurde im Camp geboren und ging als Kind selbst auf diese Schule. Was hatte ich erwartet vom Leiter einer UNWRA-Schule? Dass er ein Außenstehender wäre, neutral – und nicht so ein wütender, sarkastischer, verletzter Mensch?

Einer seiner Söhne, Jurastudent, ist im Gefängnis, auch andere jüngere Verwandte sind in Haft. „Unseren Kindern kann jederzeit etwas zustoßen, denn wir leben unter Besatzung!“ Ein zweiter Sohn sitzt bei unserem Gespräch dabei, soll mir seine Deutschkenntnisse beweisen. Ein stiller junger Mann, er zögert, legt sich die Worte zurecht und sagt dann: „Dies ist keine fruchtbare Erde für menschliche Entwicklung.“

Besuch einer Klasse, 42 Jungs lernen gerade Prozentrechnung. Meine Frage, was sie von der Zukunft erwarten, wird mit Berufswünschen beantwortet wie Arzt oder Fußballer. Als ich nach politischen Wünschen frage, steht ein Junge aus der letzten Reihe auf: Eine Gegenwart ohne Gefängnis sei ihm wichtiger als irgendeine Zukunft.

Angst und Unsicherheit sind allgegenwärtig, selbst im Umland von Ramallah, wo man die sicherste Zone vermuten könnte, weil hier die Autonomiebehörde und internationale Institutionen ansässig sind. Und den Terror der Siedler, Überfälle und Brandschatzung, fürchten keineswegs nur die Ärmsten, die ihren Schafstall und ihren Olivenhain so leicht verlieren können im zionistischen Monopoly um Land und Raum.

Jede Kleinigkeit eine Demütigung

Der Besitzer eines adretten Mittelschichthauses bringt mich auf die Dachterrasse, wir können bis nach Jordanien sehen, nur dass mein Gastgeber die Straße, die sich vor unseren Augen durch die Hügel zieht, nicht benutzen darf, sie ist für die Siedler, er zeigt nach links, und für die Armee, er zeigt auf eine andere Anhöhe.

Von unten höre ich ein leises Surren, die Dame des Hauses poliert die Fenster mit einem elektrischen Gerät, und mein Gastgeber sagt in das Surren hinein: „Ich habe so viele Jahre an diesem Haus gebaut, habe gespart, mit dem Heiraten gewartet. Der Gedanke, dass die Siedler morgen kommen könnten und alles ist vernichtet, macht mich wahnsinnig. Niemand beschützt dich.“

Ein härteres Urteil lässt sich über die „Sulta“, wie die Nomenklatura der Autonomiebehörde in der arabischen Kurzform heißt, kaum fällen. Dennoch ist offen geäußerte Kritik mir, einer Fremden, gegenüber für manche ein ethisches Problem, denn sie verstößt gegen den Kodex des Widerstands: vereint gegen die Besatzung.

Auf den ikonischen Gemälden des Malers Sliman Mansour ist Palästina eine Frau, schön, erhaben und von unantastbarem Stolz. Mansour malte die Hände seiner Figuren übergroß, Zeichen der Verbundenheit zum Land, zur Arbeit mit der Erde. Zu dem vielen, was Palästinenser der Autonomiebehörde vorwerfen, gehört dies:

Sie schützt nicht einmal das Wasser, schützt nicht die Quellen, die in den palästinensischen Heimatmythen eine so große Rolle spielen; sie lockt die Leute weg vom Land, in die unproduktiven Jobs ihrer Bürokratenbubble, das synthetische Palästina der hohen Gehälter. Sie entfremdet die Palästinenser von ihrer Erde, ihren Traditionen.

Die Birzeit-Universität empfängt mit einem einladenden Campus: viel heller Stein, Bäume, Coffeeshops, Tischtennisplatten, sogar ein Raum zum Schachspielen. Hier studieren die Klügsten einer Generation, die in den Ruinen des Friedensprozesses aufwuchs, mit einer höhnisch vorgegaukelten Autonomie.

Am Eingang zum Büro des Studentenrats hängen die Fotos der Gewählten; die Hamas stellt die stärkste Fraktion. Sie setzen sich für die Interessen der Studierenden ein, seien aktiv und nicht korrupt, versichern die jungen Frauen, die mich auf dem Campus herumführen. Ich habe sie zufällig kennengelernt, eine heterogene kleine Schar, mit und ohne Kopftuch. Die Zusammensetzung des Rats, sagen sie, sei ein Zeichen von Demokratie.

In seinem Büro spreche ich den Historiker Nazmi al-Jubeh, ein Säkularer in Opposition zum Islamismus, darauf an. Er könne in den studentischen Debatten nach seinen Vorlesungen keinen klaren Unterschied zwischen Hamas und Nicht-Hamas erkennen, sagt der Professor. Und der Lehrplan der Birzeit-Uni reserviert viel Zeit für Aussprache: „Die Studenten sollen lernen, mit verschiedenen Ideen zu leben.“

Al-Jubeh, knapp 70, ein eleganter Mann mit feinen Gesichtszügen, tritt als Architekturhistoriker im Fernsehen auf, ist international renommiert – und war mehrfach im Gefängnis. „Natürlich!“ Er lacht mit dem Sarkasmus, der mich durch alle Gespräche begleitet. „Durch den Sarkasmus überleben wir“, bestätigt er, „sonst würden wir explodieren.“ Seit 30 Jahren in Birzeit lehrend, hat er sich für die Lebenszeit, die er mit dem Warten an Checkpoints verbringt, eine ganze Bibliothek in seinem Auto eingerichtet. „Ich habe mich hinter dem Steuer in Bücher versenkt, um nicht verrückt zu werden.“

Auf meine Frage: Was ist heute Palästina?, lautet seine spontane Antwort: „Viel mehr, als Palästina einmal war.“ Viele Tausende hätten die verlorenen historischen Ortschaften zu Namen von Personen und Geschäften gemacht, von Restaurants und Unternehmen, ob in Chicago oder in Amman.

Er selbst hat über Lifta geforscht, das einzige palästinensische Dorf in Israel, von dem Ruinen erhalten sind.⁶ „Ich habe nun Beziehungen zu Lifta-Gemeinden weltweit, alle haben Websites mit Erzählungen und Anekdoten, natürlich auch Romantisierungen. Die Dörfer werden virtuell wiederhergestellt, das schafft über Kontinente hinweg Beziehungen zwischen Menschen, die einander nie gesehen haben.“ Und die meisten, sagt al-Jubeh, seien überzeugt: Eines Tages kehren wir nach Hause zurück.

Das Land der Erzählung. Neben der Zukunftsvision von Freizügigkeit zwischen Fluss und Meer und dem blockierten, fragmentierten Alltag ist dies ein drittes Palästina. Und aus dem Besitz der erzählten Heimat entsteht, was für Außenstehende so erstaunlich ist, gerade jetzt: Ausdauer, Beharrungsvermögen.

In Ostjerusalem treffe ich zum Schluss Mahmoud Muna, Essayist, Verleger und Eigentümer zweier stadtbekannter Buchhandlungen für englischsprachige Literatur zum Nahen Osten. Seit Januar arbeitet Muna mit Hochdruck an einem Buch über Gaza, seine 4000-jährige Geschichte, seine Menschen.

Der Titel „Daybreak in Gaza“⁷ klingt nach Aufbruch, und Muna sagt tatsächlich: „Ich bin optimistisch.“ Das Buch werde die kulturelle Größe der Region rehabilitieren, werde sie „rehumanisieren“, entgegen dem Bild von Gaza als einem Streifen Sand, besiedelt von Überflüssigen, die niemand wolle, von Unnützen, dazu bestimmt, als Kollateralschaden zu enden. „Steine können zerstört werden; die menschlichen Leistungen sind unzerstörbar. Und das ist, was für uns zählt. Das ist die Tiefe, die andere uns immer nehmen wollten, die Tiefe unserer Wurzeln und unserer Geschichte.“

Triumph und Desaster. Die Zivilgesellschaft in Gaza hat zu einem entsetzlich hohen Preis den Kampf um die Gunst und die Herzen der Welt gewonnen. Daneben steht der schwarze Schatten des nicht entschuldbaren Hamas-Massakers; mir gegenüber wurde es meist beschwiegen. Die Palästinenser haben sich mit Hingabe und mit Gewalt, mit unsäglichem Leid und mit Terror wieder auf die globale Agenda katapultiert.

Gaza hat gezeigt, wie der Westen mit zweierlei Maß misst, doch die Resonanz auf israelische Kriegsverbrechen hat auch mit dem Wandel der internationalen Ordnung zu tun. Da kippt eine Ära. Werden die Palästinenser ihren neuen großen Echoraum nutzen können, ohne Einigkeit, ohne anerkannte Führung?

Viele sprechen nun vom Neuaufbau der PLO, als Organisation, die alle repräsentiere, auch die Diaspora, die Jugend, die Frauen, mit einer einigenden Vision von Befreiung. Die Hamas, meint selbst die moderate Rula Hardal, werde Teil dieser Zukunft sein, in der Hoffnung, dass – wie es bisher immer war – die Säkularen an Einfluss gewinnen, sobald Schritte hin auf eine bessere Zukunft sichtbar werden.

Während meiner Reise las ich Mahmoud Darwischs Gespräche über „Palästina als Metapher“. Darwisch wie Said, die beiden meistzitierten Interpreten des palästinensischen Schicksals, überwandern auf je eigene Weise immer wieder die Dichotomien von Identität und Nationalismus, an einen namenlosen universalen Ort.

Im harten Sprechen dieser Tage wirkt die Mahnung Saids, es gelte zu lernen, „wie man mit dem Anderen lebt statt gegen ihn“, wie aus ferner Zeit.

[Zu den Details siehe „A Land for All. Two States, one homeland“, alandforall.org. 1](#)

[Post auf X am 22. Mai 2024. 2](#)

[Omri Boehm, „Israel – eine Utopie“, Berlin \(Propyläen Verlag\) 2020, S. 229. 3](#)

[Edward W. Said, „Das Ende des Friedensprozesses“, Berlin \(Berlin Verlag\) 2002, S. 225. 4](#)

[Siehe die Erzählung „Staub“ von Adania Shibli, LMD, Oktober 2006. 5](#)

[Siehe „Das Trauma von 1948“, LMD, Januar 2023. 6](#)

[Mahmoud Muna und Matthew Teller \(Hg.\), „Daybreak in Gaza. Stories of Palestinian Lives and Culture“, London \(Saqi Books\) 2024. 7](#)

Charlotte Wiedemann ist Journalistin und Autorin.

Zuletzt erschien: „Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis“, Berlin (Propyläen) 2022.

— —

10. IPG: Mehr, Mehr, Mehr

Trotz militärischer Überlegenheit gegenüber Russland herrscht eine Begeisterung für Aufrüstung und Militarisierung. Warum?

Ernst Hillebrand Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest. Zuvor war er Referatsleiter der Internationalen Politikanalyse, des Referats für Mittel- und Osteuropa sowie Leiter der Büros in Warschau, Paris, London und Rom.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mehr-mehr-mehr-7602/?utm_campaign=de_40_20240625&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Außen- und Sicherheitspolitik 25.06.2024 |

Mehr, Mehr, Mehr

Trotz militärischer Überlegenheit gegenüber Russland herrscht eine Begeisterung für Aufrüstung und Militarisierung. Warum?

Eine seltsame Begeisterung für das Militärische hat dieses Land ergriffen und vor allem seinen politischen Betrieb. Der Berliner

„Blob“, wie Hans Kundnani den wissenschaftlich-medial-politischen Hauptstadt-Komplex vor kurzem nannte, kennt derzeit mehrheitlich nur eine Message: mehr Waffen, mehr Soldaten, mehr Geld für Rüstung. Stellt man dies nicht bereit, „kommt der Russe“.

Für an Fakten und Zahlen orientierte Staatsbürger sind diese Forderungen nicht ganz einfach zu verstehen. Egal welchen Indikator man sich anschaut, man kommt immer zu demselben Ergebnis: Die NATO ist Russland um ein Vielfaches überlegen. Vor allem die Forderung nach mehr Geld erscheint grotesk:

Die kombinierten Rüstungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten überstiegen 2023 – einem Jahr, in dem Russland sich mitten in einem massiven konventionellen Krieg befand – die Russlands um knapp das Dreizehnfache: Fast 1,3 Billionen US-Dollar für die NATO stehen circa 110 Milliarden Dollar für Russland gegenüber.

Auch wenn man den Anteil der USA abzieht, übersteigen die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitglieder die Russlands immer noch um das Dreifache. Seit Jahrzehnten besteht ein Militärausgaben-Verhältnis in einer Größenordnung von zehn zu eins zugunsten der NATO. Wenn das nicht zu genügend Sicherheit geführt hat – was dann?

Denn es ist ja nicht so, als bildeten sich diese Ausgaben nicht in militärischen Kapazitäten ab. Egal welche Indikatoren man heranzieht – rein numerische oder auch qualitativ bewertende –, ist die NATO Russland haushoch überlegen. Dies gilt, so das Webportal Global Firepower Index, selbst für Szenarien, in denen die NATO lediglich 25 Prozent ihrer Kapazitäten zum Einsatz bringt, Russland aber 75 Prozent.

Das Argument, ein russischer Angriff auf NATO-Territorium wäre nach einer Nicht-Niederlage in der Ukraine nur eine Frage der Zeit, wirkt entsprechend freihändig. Mit der Ukraine hat Russland als global zweitstärkste Militärmacht ein auf dem Papier militärisch vielfach unterlegenes Land angegriffen (Rang 18 im Global Firepower Index). Ein Angriff auf ein schwächeres Land hat eine innere militärische Logik:

Man kann einen solchen Krieg gewinnen. Ein Angriff auf einen vielfach überlegenen Gegner hat sie nicht: Man kann diesen Krieg eigentlich nur verlieren. Natürlich können sich politische Entscheider darüber täuschen, welche Siegesaussichten sie im Falle eines militärischen Konflikts haben, und der russische Überfall auf die Ukraine ist das beste Beispiel dafür.

Aber angesichts der bestehenden kompletten Asymmetrie der militärischen Arsenale der NATO und eines in der Ukraine ausblutenden russischen Militärs erscheint dies als extrem unwahrscheinlich.

In vielerlei Hinsicht wirkt die gegenwärtige Berliner Militarisierungsbegeisterung daher eher wie eine Art Überkompensation für vergangene Fehleinschätzungen. Dies gilt gerade für die Grünen, die in der Person Anton Hofreiters vor kurzem ein zusätzliches 100-Milliarden-Paket für Militärausgaben und die Aufhebung der Schuldenbremse forderte.

Das ist derselbe Dr. Anton Hofreiter, der im Juli 2020 einen Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion unter dem Titel „Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO₂-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen“ in den Bundestag einbrachte. Dort wurde die Bundesregierung aufgefordert, „eine Strategie vorzulegen, um den CO₂-Ausstoß innerhalb der Bundeswehr in Gänze zu reduzieren und sich auch innerhalb der NATO für eine generelle Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Streitkräfte einzusetzen“.

Auch bei Waffenkäufen sollte das gelten. Es gelte „bei sämtlichen Beschaffungsentscheidungen den CO₂-Ausstoß stärker zu gewichten und, wo es möglich ist, zu priorisieren“ sowie natürlich „Munitions-, Raketentests sowie sonstige Schießübungen auf das notwendige Maß zu reduzieren“.

Wir sprechen vom Juli 2020, mit Bundeswehrsoldaten in Mali und

Afghanistan, einem anhaltenden low intensity-Artilleriekrieg im Donbass, einem anschwellenden Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan und einem militärischen Konflikt in Syrien unter direkter Beteiligung der NATO-Partner USA und Türkei.

Von ähnlicher militärischer Weitsicht zeugt auch der Antrag der Grünen-Fraktion vom Dezember 2020, in der es um die Ablehnung von bewaffnungsfähigen Drohnen ging – ein Antrag, dessen verteidigungspolitische Klugheit man heute am Himmel über der Ukraine täglich überprüfen kann.

Nicht unähnlich präsentiert sich das Bild aber auch bei der Union. Es war die CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die ihre vornehmste Aufgabe im Umbau der Bundeswehr zu einem „familienfreundlichen Arbeitgeber“ gesehen hatte. Die damit verbundenen Anpassungsmaßnahmen haben zeitweise die operativen Fähigkeiten halber Waffengattungen gelähmt.

Und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik veröffentlichte im Mai 2021 – Verteidigungsministerin war damals die ehemalige CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer – eine Studie mit dem schönen Titel „Vom Leopard zum E-Opard: Die Bundeswehr sollte bei der Klimaneutralität vorangehen“.

Vor einigen Jahren brachte ein polnischer Teilnehmer bei einer Tagung deutscher und polnischer Verteidigungsexperten die deutsche Stimmungslage der späten Merkel-Jahre so auf den Punkt: „Wenn wir von Sicherheitsbedrohungen sprechen, sprechen wir von Mittelstreckenraketen in Kaliningrad. Wenn die Deutschen von Sicherheitsbedrohungen sprechen, dann sprechen sie vom Bienensterben.“

Tatsächlich brauchte die Bundesrepublik damals und braucht sie jetzt eine Neubewertung ihrer Verteidigungspolitik. Aber der Grund dafür liegt weniger an einem dringenden Aufrüstungsbedürfnis gegen einen überlegenen Gegner, sondern in der Tatsache, dass das langjährige Trittbrettfahren Deutschlands bei den Verteidigungsanstrengungen des Westens bei unseren Partnern nicht mehr akzeptiert wird.

Als reichste Volkswirtschaft der EU haben wir uns drei Jahrzehnte lang nicht nur auf die USA verlassen, sondern auch darauf, dass wesentlich ärmere Staaten gemessen am BIP sehr viel höhere Anteile in die kollektiven Verteidigungsanstrengungen des Westens investiert haben als wir. Diese Zeiten sind vorbei.

Eine fairere Verteilung der Verteidigungslasten zwischen stärkeren und schwächeren Schultern innerhalb des atlantischen Bündnisses ist aber etwas anderes als die gegenwärtige Begeisterung für Aufrüstung und gesellschaftliche Militarisierung, die auch Teile des liberalen und „progressiven“ Milieus erfasst hat.

Deutschland hat noch ein paar andere Baustellen, auf denen Geld gut gebraucht werden kann: Wohnungsbau, Bildung, Infrastruktur, Energiewende, Integration, Pflege, Digitalisierung, um nur ein paar der Großaufgaben zu nennen.

Die politische und soziale Destabilisierung, die von ungelösten Hausaufgaben in diesen Bereichen ausgeht, könnte sich als deutlich realer erweisen als ein sehr unwahrscheinlicher, im Kern suizidärer Angriff Russlands auf die NATO.

Und auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung dürfte von Messerangriffen im öffentlichen Raum nachhaltiger gestört werden als von der Angst, dass der russische Bär schon durchs Schlüsselloch schnaubt.

Überkompensation für vergangene Fehleinschätzungen ist menschlich verständlich. Sie ist aber keine rationale Politikbegründung. Für all diejenigen, die es eher mit faktenbasierter Politik halten, bleibt angesichts der Militarisierungsbegeisterung im Berliner „Blob“ der gute alte Satz Joschka Fischers: „Sorry, but I am not convinced!“

11. Friedenskooperative: Veranstaltungsreihe: Combatants for Peace - Dialog statt Waffen

<https://www.friedenskooperative.de/aktion/veranstaltungsreihe-combatants-for-peace-dialog-statt-waffen-0>

Die Friedensaktivisten Osama Illiwat und Rotem Levin der israelisch-palästinensischen Organisation "Combatants for Peace" berichten auf ihrer Vortragsreise durch Deutschland wieder von ihrer persönlichen Entwicklung und ihrem gemeinsamen gewaltfreien Einsatz für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina.

Die Vortragsreihe von Ende Juni bis Ende Juli 2024 ist die Fortsetzung der Termine von Anfang 2024.

Veranstaltungsreihe: Combatants for Peace - Dialog statt Waffen

Terminübersicht:

- 26.06.2024, [Berlin](#)
- 28.06.2024, [Berlin](#)
- 29.06.2024, [Berlin](#)
- 01.07.2024, [Hamburg](#)
- 02.07.2024, [Tüttendorf](#)
- 03.07.2024, [Heide](#)
- 04.07.2024, [Köln](#)
- 05.07.2024, [Bonn](#)
- 06.07.2024, [Dortmund](#)
- 07.07.2024, Bremen
- 08.07.2024, Bremen
- 09.07.2024, Hamburg
- 10.07.2024, [Celle](#)
- 11.07.2024, Frankfurt
- 12.07.2024, Bamberg
- 13.07.2024, [München](#)
- 15.07.2024, Landau
- 16.07.2024, [Ludwigsburg](#)
- 17.07.2024, Hirsau
- 18.07.2024, Esslingen
- 19.-21.07.2024, Reutlingen
- 22.07.2024, Tübingen
- 23.07.2024, Öhringen
- 24.07.2024, Stuttgart

—

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de

www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt